

Nr. 581. Mittag-Ausgabe.

Dreiundfünfziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Zeitung.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem überneues alle Post-
amtlichen Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Mittwoch, den 11. December 1872.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

7. Sitzung des Herrenhauses. (10. December.)

12 Uhr. Am Ministerial mehrere Regierungskommissare.

Im Hause sind ungefähr 60 Mitglieder anwesend. Die Commission für den Entwurf über die Rechtsverhältnisse des Fahrtgebietes hat sich constituiert: v. Patow (Vorsitzender), Schuhmann (Stellvertreter), Willens (Schriftführer), Graf Schulenburg-Beezendorf (Stellvertreter). Vom Handelsminister ist dem Hause eine Uebersicht über den Fortgang des Baues der Staats-Eisenbahnen von 1871 zugegangen; von dem Finanzminister die dem andern Hause bereits zugesetzten allgemeinen Rechnungen über den Staatshaushaltsetat von 1870, von den Ministern der Justiz und des Handels ein Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des § 235 des Vergleiches; diese Vorlage wird an die Justizcommission verwiesen, die sie bereits früher mit ihm besaß hat.

Der Entwurf betreffend die Aufhebung und Ablösung der auf den Betrieb des Abdeckereigewerbes bezüglichen Bestimmungen wird nach dem Antrage des Referenten der Agrar-Commission, Schuhmann, ohne Debatte in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung angenommen.

Es folgt die Schlussberathung über den Entwurf betreffend die Ablösung der Reallasten in der Provinz Schleswig-Holstein. Die Referenten Malmros und Graf Krassow beantragen, die Vorlage mit nicht unwesentlichen Veränderungen anzunehmen. Ein Amendement hat Graf Ranckau gestellt, welches darauf abzielt, den zur Zahlung des Kanons verpflichteten für die Ablösung derselben eine größere Summe auferlegen.

Graf Ranckau erklärt sich mit der Absicht des Gesetzes im Allgemeinen einverstanden; indessen habe die Ablösung des Kanons keinen politischen Zweck und kein politisches Interesse. In die Erbpaht habe sich der Staat nicht zu mischen. Die entgegengesetzte Aussäffung herrsche allerdings in Preußen, wo keine Kanonverhältnisse existieren. Aber in Schleswig-Holstein seien sie sehr beliebt, in Folge derselben gäbe es zahlreiche wohlhabende Erbpahter, welche ein schädliches Element des Staates bilden. Diese Erbpahter seien auch stets so selbstbewußt wie Eigentümer aufgetreten, hätten hingegen das Kanonverhältnis nicht existiert, dann hätte die Provinz statt wohlhabender Erbpahter nur Bettbauern gehabt. Als Consequenz dieser Ablösung fordere die Vorlage, daß nicht über 30 Jahre hinaus über das Gut verfügt werden solle; dies sei ein bedauerlicher Eingriff in das Eigentumsrecht; dann müßte der Staat auch die Gideicommissie verbieten.

Wenn nun der Staat in das Eigentum eintritte, müsse er mindestens für volle Entschädigung sorgen; in dieser Beziehung sei zwar diese Vorlage besser als eine dem Provinzial-Landtage zugegangene, aber er bedauere, daß die Regierung sich nicht genügend orientirt habe, um auch die Nachtheile der Vorlage möglichst zu vermeiden. Die Interessen der Berechtigten seien von der Regierung durchaus ungünstig vertreten, darum habe Redner als Großgrundbesitzer der betroffenen Provinz sich für verpflichtet erachtet, seine Anträge zu stellen. — Die Regierung scheine nur der Ansicht zu sein, daß die Vorlage sich in dem Rahmen des für die alten Provinzen ergangenen Ablösungsgesetzes vom 2. März 1850 halten müsse. Diese Ansicht könne er nicht teilen. Eine Ablösung zum 20fachen Betrage habe für Schleswig-Holstein eine ganz andere Bedeutung als für die alten Provinzen, schon wegen des üblichen Zinsfußes. Er glaube nicht, daß es das Interesse der Einheit des Staats erforderne, daß überall die Ablösung mit dem zwanzigfachen geschehe. Aber die Forderung der Verfaßung, daß das Eigentum nur gegen volle Entschädigung übertragen werde, müsse im ganzen Staate gelten. Die Frage sei nur, welches der wirkliche Wert des Kanons sei. Auf ihm beruhe der Wert des berechtigten und verpflichteten Grundstücks; keine Prioritäts-Actie sei sicherer, als der Kanon. Wenn nun dieser Kanon, diese Schuld abgelöst werde ohne volle Entschädigung, dann würde der Glaube an die Unantastbarkeit des Eigentums schwanken, die Gesetzgeber für leichtfertig gehalten und Kreise in die Opposition geängert werden, die urplötzlich dazu keine Neigung haben.

Reg.-Comm. Greiff: Es ist der Regierung vorgeworfen, daß sie die Interessen der Berechtigten nicht genügend wahrgenommen. Um diesen Vorwurf zu widerlegen, will ich Ihnen kurz die Entstehungsgechichte des Gesetzes vorführen. Als die Regierung an diesem Gesetzentwurf herantrat, lag ein Beschluss des Abgeordnetenhauses vor, ein Gesetz in Uebereinstimmung mit den Grundzügen des Gesetzes vom 2. März 1850 für die Provinz Schleswig-Holstein zu schaffen. Von diesem Standpunkt aus wurde der Gesetzentwurf bearbeitet, und in Betreff des Canon in den Motiven aussdrücklich gesagt, daß die Regierung gerade diesen Punkt zur Prüfung und Begutachtung annehmen solle, ob diese Bestimmung den Verhältnissen der Provinz entspreche oder eine Abänderung gewünscht werde. Der Provinzial-Landtag nahm den Gesetzentwurf an, allerdings mit einer geringen Majorität, weil viele sich gegen die Bestimmung in Betreff des Canon aussprochen hatten. In Folge dessen unterzog die Regierung aus freien Stücken diesen Punkt noch einmal der Erwagung. Bei der späteren Vorlegung im Provinzial-Landtag entstand nun in Betreff des Ablösungsmodus Meinungsverschiedenheiten. Die Regierung war aber der Meinung, daß sie für eine einzelne Provinz von den allgemeinen Normen nicht abweichen könne. Deshalb richte ich auch jetzt die Bitte an Sie, die Vorlage ohne Änderung anzunehmen.

Graf Krassow: Ich will dem Grafen Ranckau nur in einem Punkte widersprechen. Er hat gesagt, der Canon habe keine politische Bedeutung, ich bin der Meinung, daß er eine sehr große politische Bedeutung hat. Er ermöglicht den kleineren Leuten, sich Grundbesitz zu erwerben, und das hat einen bedeutenden Vorteil, denn die Grundbesitzer sind Gegner des Socialismus, und dieser Weg wird durch das Gesetz verhindert.

Herr Rasch (Hannover): Graf Ranckau sieht sich gewiß der Hoffnung nicht nach, daß sein Antrag in diesem Hause angenommen wird. Würde für Schleswig-Holstein der 25fache Betrag zur Ablösung festgesetzt, so wäre das gegen die Provinz Hannover ein großes Unrecht; denn dort bestand früher der Grundzug der Ablösung mit dem 25fachen Betrage, der jetzt bestellt ist. Wie würde es sich rechtfertigen, dort andere Grundsätze aufzustellen. Bei der großen Ähnlichkeit in den Verhältnissen beider Provinzen! Eine solche Ungerechtigkeit dürfen wir nicht zugeben.

Referent Malmros: Es ist gesagt worden, daß die früheren Verhältnisse es leichter gestatteten, einen kleinen Grundbesitz zu erwerben. Seitdem die Herzogtümer mit Preußen vereinigt sind, ist fast kein Beispiel vorgekommen, daß ein großer Grundbesitzer seinem Besitz parzellirt hat. Nur eins ist mir bekannt, und dies ereignete sich, nachdem dieses Gesetz dem Hause vorgelegt war. — Als der Gesetzentwurf früher vorgelegt wurde, war der Fiskus prävalent: er sollte den zwanzigfachen Betrag erhalten, der Privatberechtigte nur den achtzigfachen. Der Provinzial-Landtag nahm das Gesetz dennoch an, weil er von der Notwendigkeit einer Ablösung überzeugt war. Wenn der Regierungskommissar gesagt hat, man habe den Provinzial-Landtag aufgefordert, der Regierung in Betreff des Canon guten Rath zu geben, so mag dies richtig sein, und ist bei jedem Gesetz der Fall. Deswegen wird die Regierung nicht von ihrer Pflicht befreit, den Gesetzentwurf von allen Seiten zu prüfen und zu erwägen, ehe sie ihn vorlegt. Die Regierung hat sich auf die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses berufen. Dadurch ist die Regierung durchaus nicht gebunden. Erst nachträglich hat sie nachgegeben, daß die Gutsbesitzer eben so entschädigt werden sollten, wie der Fiskus. Herr Rasch hat gesagt, daß die Verhältnisse in Schleswig-Holstein und Hannover große Ähnlichkeit haben. Das mag sein, nur die Consequenz, die er gezogen hat, ist unrichtig. Wenn in Hannover die Berechtigten zu wenig bekommen haben, sollen wir deshalb noch einmal Unrecht thun? Wenn der Canon ist eine Zahlung in Geld, so glatt und rein, wie ein Coupon einer Obligation geschnitten wird, ohne jeden Streit, während bei Naturralleistungen häufig Streit entsteht schon wegen der Qualität des Gelieferten.

Regierungskommissar Greiff: Ich muß dabei bleiben, daß die Staatsregierung, was den Kanon anlangt, durchaus consequent zu Werke gegangen ist. In Betreff des Ablösungsbetrages ist es entschieden unrichtig, daß in dem früheren Entwurf für Fiskus und Privatberechtigte verschiedene Ablösungsbeträge aufgestellt sind, ebenso wenig, wie das Gesetz vom 2. März 1850 eine solche Verschiedenheit kennt. Die Regierung hat in allen Städten der

Verhandlung am 20fachen Ablösungsbetrage festgehalten. Es ist heute darauf hingewiesen worden, daß Erbpaht nicht mehr zulässig ist; das ist ganz richtig; aber es ist wohl zulässig, daß Grund und Boden durch Auslegung fester Geldrenten zum Eigenthuim werden kann. Das ist so ziemlich dasselbe. Ich muß noch einmal darauf hinweisen, daß es erstaunlich wäre, wenn die Regierungsvorlage unverändert angenommen würde.

Herr Schuhmann: In der jetzigen Zeit sind die Principien der Ablösung bestritten. Als 1850 der Gelehrtenwurf, betreffend die Ablösung von Reallasten, beschlossen wurde, war es sehr schwer, objective Motive für die Höhe des Ablösungsbetrages zu finden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse waren derartig, daß man den 20fachen Betrag aufstellte. Diesen Betrag hat man auch in vielen anderen Fällen für angemessen gehalten. Jetzt zum ersten Male wird ein Zweifel darüber laut und man sagt, die Regierungsvorlage enthalte eine Verleugnung der Privat-Interessen.

Referent Malmros: Der Regierungskommissar hat bestritten, daß in dem früheren Gesetzentwurf der Fiskus bevorzugt gewesen sei. Den Worten nach allerdings nicht, wohl aber nach dem Sinne des Gesetzes. Es hat ferner bemerkt, wenn auch eine Erbpaht nicht mehr möglich ist, so ist doch ein ähnliches Verhältnis zulässig; das Verhältnis ist nicht dasselbe, sondern ein grundverschiedenes. Wenn der Herr Vorredner sagte, daß der 25fache Betrag in Folge der politischen Strömung von 1848 auf den 20fachen herabgelebt wurde, so räumt er dadurch indirekt ein, daß der erstere doch wohl der gerechter gewesen wäre.

Herr Schuhmann: Nicht durch die politische Strömung ist die Herabsetzung bewirkt worden, sondern wegen der politischen Schwierigkeiten ist es gewesen, den objectiven Gründen für die Bestimmung der Höhe des Ablösungsbetrages Eingang zu verschaffen.

Herr Willens sieht die Ansicht, daß es wünschenswerth sei, daß möglichst viele Arbeitnehmer werden; aber dieser Wunsch sei nicht bloß durch die Erbpaht realisbar. Die ganze Vorlage sei weit mehr eine national-economische als eine politische und man möge berücksichtigen, daß Preußen gerade durch seine Agrargelehrte von 1821 und 1850 große Kapitalien flüssig gemacht habe. Eine unberechtigte Forderung sei es nun, daß die Binger der Ablösungssumme gleich dem Werthe des Canons seien. Das Kapital an sich, als Geld, habe immer höheren Werth als die Naturalleistungen, durch seine liquiden Charakter, durch seine Verwendbarkeit zu Meliorationen. Auch Rügen und Neuvorpommern sei im Hause oft wegen seines niedern Zinsfußes von 2½ Prozent gespielen worden. Das habe sich sehr geändert und auch Schleswig-Holstein, welches bisher durch den Geldüberfluß gewissermaßen gelitten, wo das Geld gestockt habe, werde, wenn es erst am Weltverkehr Theil habe, auch einen höheren Zinsfuß haben.

Graf Ranckau wirft der Vorlage nochmals vor, daß sie die verschiedensten Interessen, welche sie berühre, nicht vertrete. Die Provinzial-Landtage bestünden aus verschiedenen Ständen, welche für die Interessen ihrer Kreise eintreten. Aufgabe der Regierung sei es gewesen, wenn auch der Provinzial-Landtag der Vorlage zugestimmt hätte, doch eine gleichmäßige Vertretung aller Interessen anzustreben.

Damit schließt die allgemeine Debatte. In der Specialdiscussions werden die §§ 1—42 ohne Debatte angenommen, § 41 wird juristisch gestellt. Zu § 43, welcher die Ablösung des Canons gegen Zahlung des 20fachen Betrages der Ablösungssumme zuläßt, ist von Graf Ranckau der Antrag gestellt, daß für den Fall, daß der Antrag auf Ablösung vom Verpflichteten ausgehe, an Privatberechtigte der 22½ fach Betrag der Ablösungssumme gezahlt werde. Der Antragsteller bemerkt, daß, wenn auch der Zinsfuß in Schleswig-Holstein steigen könnte, was die competentesten Beurtheiler durchaus nicht für gewiß ansehen, so müsse das gegenwärtige Gesetz die gegenwärtigen faktischen Zustände im Auge behalten. In Hannover seien nur unbedeutende Lasten abgelöst worden, und gleichzeitig sei es für Schleswig-Holstein, daß in Hannover gegen keinen höheren Betrag abgelöst sei.

Der Regierungskommissar, Geb. Rath Greiff, macht darauf aufmerksam, daß in der Vorlage die Ablösungsbedingungen für Schleswig-Holstein günstiger für die Berechtigten seien, als in den alten Provinzen; einem inneren Grunde für eine Änderung dieser Bedingungen, je nachdem die Ablösung vom Berechtigten oder Verpflichteten beantragt werde, vermag Niemand anzugeben, auch sei nicht klar, weshalb der Verpflichtete gegenüber dem Privatberechtigten schlechter gestellt sein sollte, als gegenüber dem Fiskus; es handle sich nur darum, ob die Entschädigung angemessen sei; keine andere Frage sonst sei zu berücksichtigen.

Graf Krassow wiederholt, daß bei Normirung der Ablösungssumme in den alten Provinzen die politische Strömung maßgebend gewesen sei und erklärt sich für das Amendement Ranckau. Herr Rasch bemerkt, daß es sich in Hannover nicht um Ablösung unbedeutender Lasten gehandelt habe; das sei damals auch aus dem bittern Widerpruch der Berechtigten zu erheben gewesen. Herr Thaden (Altona) macht darauf aufmerksam, daß in Schleswig-Holstein sichere Capitalien sich niemals höher als auf 3½—4 Prozent verzinse und erläutert sich im Interesse einer billigen Entschädigung der Berechtigten auch für das Amendement. Freiherr v. Patow macht geltend, daß die Grundsätze des höheren Theiles der Monarchie auch für Schleswig-Holstein maßgebend sein müthen; der politischen Strömung sei man 1850 in den alten Provinzen bei Fixirung der Ablösungssumme nicht gefolgt; aber 1806—11 sei man ihr gefolgt und zwar zum Segen des Staates. Graf Brühl findet es ungerecht (nachdem dieser Ausdruck vom Präsidenten als unparlamentarisch zurückgewiesen, ungerechtfertigt), die lokale politische Strömung von 1806—11 neben der unloyalen von 1849 zu nennen. Ubrigens habe er und viele Andere in den alten Provinzen es ihm möglich genug empfunden, wohlerworben Rechte ohne genügende Entschädigung aufzugeben zu müssen. Diesen Schmerz wolle er seinen neuen Landsleuten erspart wissen.

Der Finanzminister: Ich hätte, da die Vorlage durch den Regierungskommissar ausgezeichnet vertreten ist, nicht des Wort ergriffen, wenn nicht in dieser Frage eine gewisse Bitterkeit und Hartnäckigkeit zu Tage trüte. Allzeit ist nun anerkannt worden, daß in der Provinz Schleswig-Holstein das halbige Zustandekommen dieses Gesetzes gewünscht wird. Allerdings hat die Staatsregierung die Interessen der Berechtigten zu wahren, aber eben so die der Verpflichteten, welche die meisten der Vorredner gar nicht vertreten haben. — Daß bei der Ablösung der derzeitige Zinsfuß allein nicht maßgebend sein darf, da es sich um die Constitution eines Verhältnisses von Dauer handelt, hat Herr Willens schon nachgewiesen. — Der gegenwärtige niedrige Zinsfuß in Schleswig-Holstein hat darin seinen Grund, daß dieser Provinz die Industrie fast gänzlich mangelt und sie bei dem eigenständischen Charakter ihrer Bevölkerung an den Verhältnissen des Geldmarktes keinen Theil hat. Das wird sich aber so sicher ändern als $2 \times 2 = 4$ ist. Vergessen Sie doch nicht, daß gegenwärtig das kapitalreichste Land, England, seinen Zinsfuß nur mit 7 auf 6 p.C. herabgesetzt hat, und daß die preußische Bank nur zu 6 p.C. lombardirt. Und wenn die Schleswig-Holsteiner hier ihr Geld anlegen wollen, können sie ja auch den höheren Zinsfuß bekommen. Sie sprechen nun von einer absolut sicheren Anlage. Aber darüber sind die Ansichten sehr verschieden.

Es ist ja allgemein bekannt, daß gegenwärtig die sichersten Eisenbahn-Prioritäten zu pari und darunter zu haben sind. — Von einer Ungerechtigkeit kann also sicherlich bei dem Vorschlag des Entwurfes keine Rede sein. Haben Sie nur eben so wie die Interessen der Berechtigten die der Verpflichteten im Auge, dann werden Sie der Vorlage bestimmt.

Das Amendement Ranckau wird darauf abgelehnt und eben so die Anträge der Referenten, um die ganze Vorlage unverändert angenommen.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Berlin, 10. Decbr. [Se. Majestät der Kaiser und König hat dem Civil-Ingenieur J. Peschka und dem Eisenbahn-Director Franz Dietrich, beide zu Teplice, den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem Hauptlehrer Apprill an der katholischen Elementarschule zu Oberbetschdorf im Unter-Elsas den Adler der Inhaber des Königlichen Hausordens von Hohenzollern verliehen.

Se. Majestät der König hat den Kreisrichter und Abtheilungs-Diregenten Meydau zu Sorau in der Niederlausitz zum Kreisgerichts-Rath ernannt; dem Stadtkreis-Geheimrat David von Bierkow hier selbst, und dem Kreisgerichts-Secretär Reiter zu Rathenow bei ihrer Verzeichnung in den Ruhesstand den Charakter als Kanzlei-Rath verliehen.

Berlin, 10. Decbr. [Se. Majestät der Kaiser und König arbeiteten heute Vormittag mit dem Ober-Hof- und Hausmarschall Grafen Pückler und dem Hofmarschall Grafen Perponcher, nahmen im Beisein Sr. Königlichen Hohes des Prinzen August von Württemberg und des Commandanten, General-Lieutenants von Schwarzkoppen, militärische Meldungen entgegen und empfingen den Obersten Graf zu Lynar, Commandeur des Regiments der Gardes du Corps. Als dann ließen Se. Majestät Allerhöchstlich von dem Staats-Minister, General-Lieutenant von Stosch, und dem Chef des Militär-Cabinets, Obersten von Albedyll, sowie später von dem Wirklichen Gehirnen Rath von Balan Vortrag halten. (Reichs-Anz.)

○ Berlin, 10. Decbr. [Die Feudalen und die Ultramontanen.] — Graf Frankenberg-Ludwigsdorf. — Die Schließung der Kirchen in Posen. Wenn nun auch mit dem gestrigen Tage die Kreisordnungfrage ihre Erledigung gefunden hat, so wird sie doch noch einige Zeit auf der Tagesordnung der Besprechung in der Presse bleiben. Abgesehen davon, daß ein Rückblick auf den Gang der Verhandlungen von Interesse ist, sind auch manche Einzelheiten noch nachzutragen, namentlich aber auch die Wirkung zu konstatiren, welche die Niederlage der Feudalen im Herrenhause hervorgerufen hat. Zunächst erlauben Sie mir hier diesen Herren zu der Genugthuung zu gratuliren, welche ihnen heute von unserem Jesuitenblatte, der „Germania“, bereitet wird. Nicht genug, daß sie in ihrem allgemeinen Sitzungsberichte über das Herrenhaus den Rednern von der Opposition einen besonders großen Raum bewilligt hat, — sie druckt heute an der Spitze ihres Blattes noch einmal die ganzen Reden der Herren v. Kröcher, Kleist-Reckow und Schulenburg-Beezendorf im Wortlaut ab. Die Herren werden, sowie ihre Gesinnungsgenossen im Abgeordnetenhaus, höchstens nicht den Dank für solche rührende Aufmerksamkeit vergessen, welcher bei Gelegenheit der bevorstehenden Debatten über die kirchenpolitischen Gesetze — (Sie erinnern sich, was ich Ihnen vor Kurzem über einen Compromiß zwischen den Ultra-Conservativen und den Ultramontanen mithilfe) — zu zählen sein wird. — Von einigen Seiten ist meine Ihnen gemachte Bemerkung über das Verhalten des Herrenhaus-Mitgliedes v. Frankenberg-Ludwigsdorf angezeigt worden. Einer schlesischen Zeitung ist sogar telegraphirt worden, daß der Vorsitz des bestrohenen Königlichen Briefes und der Unterzeichner des Amendements zur Kreisordnung nicht identisch seien. Diese Darstellung ist unrichtig. Es gibt im Herrenhause nur einen Frankenberg-Ludwigsdorf, den bekannten Alterspräsidenten, und dieser ist das Mitglied des Herrenhauses, welches sowohl sich an den König gewendet, als auch die Amendenten unterschrieben und in beiden Berathungen mit „Nein“ gestimmt hat. Ich kann sogar noch hinzufügen, daß der selbe auf das Königliche Schreiben noch erwidert hat, er könne trotz seiner Erfahrung vor dem Königlichen Willen nicht anders handeln, sondern müsse bei aller patriotischen Gesinnung nach wie vor sein Votum gegen das Gesetz abgeben. — Fürst Bismarck wird wahrscheinlich zu Anfang der nächsten Woche zurückkehren. Angesichts dieses nahen Termins wird vermutlich die Berathung des Staatsministeriums über die kirchenpolitischen Gesetzesvorlagen bis dahin vertagt werden. — Was die telegraphische Nachricht von Posen über die Schließung der Kirchen betrifft, so ist man in diesen Regierungskreisen bisher nicht im Stande zu constatiren, wie weit dieselbe richtig ist. Von hier aus ist, wie ich erfahre, eine derartige Maßregel nicht angeordnet worden. Allein Anschein nach ist die Anordnung lediglich vom Provinzial-Schul-Collegium ausgegangen und hat wahrscheinlich nicht die mitgetheilte Ausdehnung. Es handelt sich vielmehr wohl nur darum, den betreffenden Gottesdienst, in welchem der Hirtenbrief des Erzbischofs Ledochowski zur Verlesung kommen sollte, in den Kirchen der öffentlichen Lehranstalten zu verhindern.

Malchin, 10. Decr. [In der heutigen Sitzung des mecklenburgischen Landtages] wurde nach lebhafter Debatte auf Antrag des Landrats von Rieben mit 117 gegen 73 Stimmen der Beschluß gefaßt, vorerst den Comitenbericht über die Vorlage, betreffend Abänderung der Verfaßung, dem Druck zu übergeben. Von Seiten des der liberalen Partei angehörigen Gutsbesitzers Pogg-Blankendorf wurde der Antrag auf das Lebhafte bekämpft. (C. B.)

Leipzig, 10. Decr. [Das Syndicat der Dresdener Bank] hat dem Vernehmen nach seine Geschäftstätigkeit beendet und steht dessen Auflösung für die nächste Zeit bevor.

regung. Bei einer vorgestern abgehaltenen Wahlversammlung gerieten die Parteien von dem Wort zum Handgesicht; die Wirtschafts-Vocatoren wurden verwüstet; es fielen Schüsse, wobei ein Soldat, der blank gezogen haben soll, einen Streifschuß erhielt. Zur Wiederherstellung der Ordnung wurde Hilfe aus Offenbach requirirt. (Fr. S.)

Heidelberg, 5. Decbr. [Prof. Michelis] von Braunsberg hat vom hiesigen Universitätssenat die Ermächtigung erhalten, an der Hochschule Vorträge zu halten. Zugleich wird derselbe vom Sitz Heidelberg aus die Bildung und Seelsorgevereinigung altkatholischer Gemeinden Badens in die Hand nehmen.

D e s t e r r e i c h.

Wien, 10. Decbr. [Zu Herrenhausmitgliedern] auf Lebenszeit sind vom Kaiser der Fürst Fritz Lichtenstein, Graf Joseph Waldstein, Baron Franz Ladotza, Graf Guido Thun, Graf Kaspar Lodron, Graf Georgi, Prof. Hoesler, Baron Louis Haber, Graf Khünburg, der Abt Felshuber, Graf Simonski und Herr Reviczky ernannt worden,

S c h w e i z.

Bern, 7. December. [Die von der Bundesversammlung heute vorgenommene Neuwahl des Bundesrates für die neunte Amtsperiode, welche vom 1. Januar 1873 bis 31. Decbr. 1878 läuft, ist ausgefallen, wie man erwartete. Nur ein Mitglied der seitherigen Bundes-Council, Herr Bundesrat Chalier-Benel, ist Dank seiner antirevolutionären Haltung, durch eine neue Kraft, einen noch jungen Mann, durch Nationalrat Borel von Neuenburg, ersetzt worden. Knäfel und Räff, gegen die sich die Demokraten in Zeug legten, wurden jener sofort im ersten, leichterer im dritten Wahlgange wieder auf den grünen Sessel erhoben: Räff mit 88 und Knäfel mit 99 von 168 Stimmen, während Borel 90 erhielt. Aufs Neue in ersten Wahlgange wurden bestätigt Welti mit 126 von 164, Schent mit 112 und Scherer mit 116 von 165 und im zweiten Wahlgange Gérésol mit 122 von ebenfalls 165 Stimmen, worauf dann im ersten Wahlgange der letztere als seitheriger Bundes-Vizepräsident dem Brauche gemäß zum Bundes-Präsidenten für das Jahr 1873 mit 120 von 144 und Schent im dritten Wahlgange mit 74 von 142 Stimmen zum Bundes-Vizepräsidenten gewählt wurde. Zum eidgenössischen Kanzler wurde ebenfalls der seitherige Joh. Ulr. Schieß von Herisau, für die neue Amtsperiode bestätigt. Die Bundesgerichtswahl wurde wegen vorgerückter Zeit vertagt.] (R. S.)

I t a l i e n.

Rom, 6. Decbr. [Tagesbericht.] „Fanfulla“ berichtet: Der König empfing heute den Prinzen Hassan, erstgeborenen Sohn des Bickerungs von Egypten. Derselbe verabschiedete sich von Sr. Majestät, da er Rom bald zu verlassen gedenkt. — In dem Palast betrachtet man den Gesetzwurf über die religiösen Körperschaften als eine Plündereiungsmöglichkeit und bemüht sich, die beim heiligen Stuhl beglaubigten Gesandten fremder Staaten zu bearbeiten, daß sie die Sache ihren betreffenden Regierungen unter diesem Gesichtspunkte darstellen. — Briefe, die heute von Neapel ankommen, erzählen von den schweren Beschädigungen, welche die im dortigen Hafen ankernden Schiffe erlitten haben. Der Sturm wütete an einigen Stellen so heftig, daß es unmöglich war, sich den gefährdeten Fahrzeugen zu nähern. Der Handel hat schwere Verluste zu beklagen. — Ein neues königliches Dekret verordnet die Errbauung dreier gepanzerten Thurmsschiffe, zweier Kanonenboote und einer Corvette. Die drei Thurmsschiffe sollen auf den Werften von Spezzia und Castellammare gebaut werden. Die Panzerung wird eine bis jetzt noch nicht dagewesene Dicke haben. — Bei der Besprechung des Kriegsbudgets zeigten alle Fraktionen der Kammer eine seltene Einmütigkeit in der Bewilligung aller von der Regierung zu einer englischen Vertheidigung des Landes geforderten Mittel. Darin handelt es sich augenscheinlich im Einverständnisse mit der öffentlichen Meinung.

F r a n k r e i c h.

Paris, 7. December. [Über die gegenwärtige Krise] schreibt mandee, R. S.: Folgendes: Am letzten Donnerstag nach der Wahl der Dufaure-Kommission schrieb ich Ihnen, daß Thiers fest entschlossen sei, den Rechten die Spitze zu bieten, und sich keineswegs dazu verstehen werde, der „geborsame Diener der royalistischen Majorität“ zu werden. Was ich Ihnen damals mitteilte, muß ich heute vollständig aufrecht erhalten, obgleich der Präsident sein Ministerium eher im Sinne der Rechten vervollständigt hat und vielfach behauptet wird, daß eine Verbindung zwischen ihm und den Royalisten stattgefunden habe oder stattfinden werde. Thiers handelte einfach bei dieser Gelegenheit, wie Louis Napoleon am 31. October 1851, als dieser das sogenannte „Commis-Ministerium“, in welchem auch Magne figurirte, ernannte. Louis Napoleon, der damals mit dem Parlament nicht fertig werden und kein Ministerium bilden konnte, was seinen geheimen Planen entsprochen und zugleich der Majorität gefallen haben würde, bildete am genannten Tage ein Cabinet, das ohne alle besondere politische Färbung nur aus Fachmännern bestand. Er hat dies, weil er noch nicht bereit war, seine Pläne auszuführen, und mit Recht — die Thatsachen haben es bewiesen — glaubte, daß, wenn er nur unbedeutende Männer in sein Cabinet berufe, seine Gegner ruhiger sein würden. Ähnlich operirte leute Thiers, der allerdings nicht die Absicht hat, einen „Staatsstreich“ auszuführen, dem aber daran liegt, der Krise momentan ein Ende zu machen oder ihr doch den acuten Charakter zu nehmen. Zu dem Zwecke war er geneigt, die geeigneten Maßregeln zu ergreifen und sein Ministerium so zu vervollständigen, daß die Rechte gewisse Garantien zu haben glaubt. Thiers wünscht zunächst, der Krise ihre Hestigkeit beim Schluß des Jahres zu bemeinden, damit die Geschäfte nicht zu sehr leiden. Natürlich wird er zugleich die Dinge so einzurichten verstehen, daß, wenn es endlich zum definitiven Bruch mit den Rechten kommt, er sich auf die von ihm gemachten Concessions berufen kann, um darzuthun, daß er Alles aufgeboten, um dem Lande die neue Heimsuchung zu ersparen. Die Mitglieder des linken Centrums scheinen aber zu glauben, daß der Präsident sich wirklich mit den Rechten absindnen wolle. Sie haben beschlossen, fest zur Linken zu halten, und 90 Mitglieder dieses parlamentarischen Vereins mit General Chanzy an der Spitze geben bereits heute an die Vorstände der beiden anderen republikanischen Vereine die Erklärung ab, daß sie weiter mit ihnen gehen und die „neue Politik“ des Präsidenten der Republik nicht unterstützen werden. Die Bewegung zu Gunsten der Auflösung, die nach der Abstimmung vom letzten Donnerstag auch von dem größten Theil des linken Centrums erwünscht ist, wird der Regierung schwerlich Hindernisse in den Weg legen, aber sich in dieser Hinsicht streng an das Gesetz halten, welches den Petitionären der Privaten an die National-Versammlung nicht die geringste Schranke setzt. Für diese Bewegung werden von jetzt an nicht mehr die radicalen Blätter allein, sondern auch alle republikanischen Journale und die Organe des linken Centrums eintreten. Das Ministerium, wie es jetzt zusammengesetzt ist, unterscheidet sich von dem, was wir bisher hatten, übrigens nur sehr wenig. Die beiden neuen Mitglieder desselben, Leon Say und Fourton, sind keine Persönlichkeiten, die dem Cabinet eine besondere Färbung geben. Leon Say war bisher Seine-Präfect, und Fourton, der früher zum rechten Centrum gehörte und dann zum linken Centrum überging, hat sich nur dadurch einen Namen gemacht, daß er Berichterstatter über den deutschen Postvertrag war; de Goulard, bisher Finanz-Minister und nun Minister des Innern, gehörte zum rechten Centrum, ist aber dem Präsidenten vollständig ergeben. Wie schon bemerkte, sind die Mitglieder des linken Centrums, die eine andere

Bewegung der Dinge erwartet hatten, sehr enttäuscht. Ihr Hauptorgan, der „Soir“, verbündlicht dies übrigens nicht. „Das neue Cabinet des Herrn Thiers“, sagt derselbe, „wird in der Geschichte den Namen „Ministerium der Sackgasse“ führen. Vielleicht trennen wir uns, aber wenn wir uns trennen, so geschieht es in großer Gesellschaft.“

[Die Armee.] Von einem guten Beobachter wird der „R. S.“ ein Privatbrief mitgetheilt, in welchem es heißt: „Der Geist und Stand der Armee ist, was Schlagfertigkeit nach außen betrifft, wirklich noch recht schlecht. Gerade die intelligentesten Offiziere sind sehr besorgt darüber, sie blicken mit Angst auf die Möglichkeit eines neuen Krieges, besonders mit Deutschland, und meinen, daß, wie die Armee sich jetzt mache, sie eine Niederlage, schlimmer wie 1870, erleiden könnte. Diese Stimmung herrscht aber mehr in den mittleren Rangstufen; die „großen Mützen“ nach oben und die Troupiers nach unten, sie sind, nach wie vor überzeugt, daß sie überall Sieger bleiben würden, wosfern sie nicht — verrathen würden. In die inneren Händel sich nicht mischen zu müssen, das ist dagegen in der ganzen Armee vorherrschender Wunsch. Chanzy wird in Versailles feststehen: wie Ducrot beschaffen, ist weltbekannt; Mac Mahon aber wird mit jedem Machthaber gehen.“

N u r s l a n d.

[St. Petersburg, 6. December. [Die Gerüchte über angebliche Maßregelung der Dorpatser Universität.] Die Jubelfeier der Studentenverbindung „Livonia“ in Dorpat macht noch immer viel von sich reden. Insbesondere fallen die Gerüchte auf, welche sich als angebliche mittelbare Folge daran knüpfen, und von solchen Blättern gern colportiert werden, welche über Russland sehr selten begründete Nachrichten bringen. Das „Neue Wiener Tageblatt“ und die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ nach ihr — beide über russische Zustände bekanntlich nicht sehr informirt, und daher häufig schon widerlegt — erzählen Dinge, welche die unangenehme Begegnung und ihre Nachwirkungen bei Weitem übertrieben. Zunächst reden sie von einer „hundertjährigen“ Jubelfeier der Livonia — wiewohl es allbekannt ist, daß die Universität Dorpat erst 1802 vom Kaiser Alexander I. begründet ward. Die Logik hätte lehren können, daß an einer Universität, die noch kaum 70 Jahre existirt, es unmöglich 100jährige Studenten-Gesellschaften geben kann. Auch haben besser informirte Blätter, wie der „Hamburg Correspondent“, laut genug davon gesprochen, daß die Livonia gerade vor 50 Jahren begründet ward. Die frühere Universität, die Gustav Adolph im Jahre 1632 gründete, war vor Ende desselben Jahrhunderts selig entschlafen, hatte also nicht einmal so lange bestanden, wie die von Alexander I. gegründete Hochschule — kann also selbst von unerfahrenen Schriftstellern nicht mit dieser verwechselt werden. Was nun die colportierten Gerüchte betrifft, so drehen sie sich meistens um angebliche Einführung der russischen Sprache als allgemeine Vortragsprache bei der Universität Dorpat oder gar um Beilegung oder Auflösung dieser Universität. Um allen diesen Gerüchten ist, wie ich apoditisch erklären kann, nicht eine Silbe wahr. Es ist im Reichsrath gar keine auf so radical-energische Maßregeln abzielende Vorlage gemacht worden, und alle bezüglichen schriftlichen Reservate der Zeitungen sind ganz aus der Luft gegriffen. Wenn unsere Regierung auch nicht gesonnen ist, die Universität Dorpat so energisch anzutreffen, so kann man andererseits allerdings nicht behaupten, daß sie über die Vorgänge während der Festfeier der Livonia sonderlich erbaut gewesen. Wir fragen blos, ob eine ausländische Regierung sich weniger gemäßigt als die unsige gezeigt hätte, wenn solche Kündgebungen vorgefallen wären? Es ist constatirt, daß der Auswurf „Vivat Polonia!“ wirklich vorgekommen. Ist das Beweis von einem

tactvollen Verhalten auf Seiten der studirenden Jugend? Geht das nicht selbst weit über die Grenze einer Behauptung deutscher Gesinnung? Dazu ist die „Livonia“ nicht in einer Parallele zu stellen mit den Studenten-Gesellschaften der auswärtigen deutschen Universitäten. Auf den auswärtigen Universitäten gelten die Studentenverbindungen für mehr oder weniger überlebt; sie umfassen in den meisten Fällen 15 bis 20 Mitglieder, selten mehr. Die Livonia aber zählt gegen 90 Mitglieder, die meistens den angesehensten und reichsten Familien Livlands angehören und eine große Zukunft vor sich haben. Kundgebungen einer solchen Genossenschaft werden daher nicht von dem außen stehenden Publikum mit gleicher Indifferenz angesehen, als man es vielleicht im Auslande thun würde. Dieser Umstand bietet Veranlassung, daß die russischen Zeitungen mehr Unzufriedenheit äußern, als die Sache wert ist — aber man kann ihnen nicht bestreiten, daß sie laut genug provoziert worden. Diese Provocationen werden dabei von einigen Professoren begünstigt. Wie soll man sich denn von einem Geistlichen, wie dem theologischen Professor und Universitätsprediger Dr. Küttens die Herausgabe seiner Predigten unter dem Titel: „Seid stets zu halten die Einigkeit im Geiste“ erklären? Er sagt selbst, daß eine Gefährdung der Universität Dorpat oder ihres Deutschtums „noch nicht vorauszusehen“ sei. Dennoch spricht er Dinge, die nur dann von seinem eigenen Standpunkte plausibel wären, wenn wirklich Gefährdung oder Verfolgung bevorstehen. Die russische Regierung läßt dabei den Mann völlig in Ruhe und unterzieht blos die Auswirkungen seiner im Auslande gedruckten Reden der allgemeinen Censure; aber die russische Presse und die russische Gesellschaft kann sie nicht vor einem peinlichen Bestremen bewahren.

A m e r i k a.

New-York, 3. December. [Eröffnung des Congresses.] Gestern, Montag den 2. d. Mis., wurde die dritte und letzte Session des 42. Congresses in Washington eröffnet. Derselbe begann sein Leben am 4. März 1872 und hört am 4. März 1873 auf zu existieren. Die dritte Session, bekannt als die „kurze“, wird daher nur 3 Monate dauern. Der in diesem Jahre gewählte Congress tritt erst mit dem 4. März 1873, dem Anfang der zweiten Regierungsperiode Grants, ins Leben. In dem Congress, der gestern wieder zusammengetreten ist, befindet sich nicht eine so große republikanische Majorität wie in dem, welcher bereits gewählt ist, aber erst im nächsten Jahre seine Tätigkeit beginnt; jedoch ist die Majorität groß genug, um es der Regierung möglich zu machen, mit ihr vereint zu arbeiten. Nichts desto weniger darf man von dem 42er Congress nicht viel mehr erwarten; einmal kommt der Congress in der dritten „kurzen“ Session erst nach den Weihnachtsferien zur Arbeit und hat dann für dieselbe kaum neun Wochen; alsdann ist man zu gerne geneigt, alle wichtigen Angelegenheiten dem nächsten Congress zu überlassen, weil der frisch vom Volke kommt. Man darf daher von dem scheidenden Congress nur wenig, und wenn etwas, nicht vor Weihnachten erwarten. — Bei der Eröffnung der beiden Häuser hat der Präsident Grant seine vierte Präsidentenbotschaft erlassen. Er schreibt dieselbe ganz allein, und selbst das Cabinet weiß nichts von derselben, bis sie ihm unmittelbar vor der Verlesung vorgelegt wird. Die Mitglieder waren gestern zahlreich versammelt und in dem Eröffnungsgebäude im Senate saßen der Caplan auf den Tod Horace Greeleys an.

In der Botschaft an den Congress dankt der Präsident Grant für den Frieden, welcher zu Hause wie im Auslande herrscht. Er deutet auf den allgemeinen Wohlstand und das Gedächtnis des Landes hin, von dem allein Boston ausgenommen gewesen sei und sagt, daß er, soweit menschliches Urtheil in die Zukunft blicken könne, keine Spuren eines kommenden allgemeinen Unglücks sehe.

Gegenwärtig drohe keine Gefahr dem Frieden der Vereinigten Staaten. Die ernsthaften Differenzen mit Großbritannien seien ausgelaufen, und das Gericht Schiedsgericht habe eine Frage beigelegt, welche den ganzen Washingtoner Vertrag in Gefahr gestellt und die beiden Länder in ungünstige Verwicklungen zu bringen droht habe. Diese Differenzen seien in höchster beiderseitiger Weise im Einflange mit der Politik der Regierung dadurch beigelegt worden, daß eine Entschädigungssumme zur Befreiung aller Ansprüche bestimmt worden sei. Obgleich die Summe erst nach einem Jahre vom Datum des Schiedsgerichts an gerechnet zahlbar ist, empfiehlt der Präsident die Bildung einer Commission, welche die verschiedenen Ansprüche einer Prüfung unterwerfen soll. Dem Kaiser von Deutschland dankt der Präsident im Namen der Regierung und des Volks der Vereinigten Staaten auf's Ernstlichste für die Mühe, Anstrengung und Sorgfalt, welche derselbe der Erwagung des lang anstehenden Streites gewidmet hat. Dank ist auch den Häuptern der drei befreundeten Staaten — Brasilien, Italien und die Schweiz — gezeigt worden für ihre Erneuerung von Schiedsrichtern in Genf und ebenso die Anerkennung ausgedrückt, welche das amerikanische Volk für die Würde, Geduld, Unparteilichkeit und Fähigkeit empfand, mir welchen die Schiedsrichter ihre schwierigen Obliegenheiten erfüllt haben. Der Präsident stimmt höchst mit der englischen Regierung überein, in deren Anerkennung der Discretions, Geduld und Weisheit, welche Herr Adams und der bedeutende amerikanische Anwalt bewiesen haben. Das Urtheil in der San-Juan-Angelegenheit, fährt der Präsident fort, bestätigt die amerikanischen Ansprüche auf die Inseln zwischen dem Festlande und der Vancouver-Insel und lädt die Vereinigten Staaten zum ersten Mal in ihrer Geschichte ohne Grenzstreitigkeiten. Es ist ihm eine angenehme Pflicht, anzuerkennen, daß die britische Regierung prompt und willig dem Schiedsgericht nachgekommen ist und durch Entfernung der Truppen die Vereinigten Staaten im ausschließlichen Besitz des Gebiets gelassen hat. Es ist nur noch nötig, die Vermessung zu beenden und die Grenze des Haro-Canals, über welche die Commissarien sich nicht einigen konnten, zu bestimmen. — Mit Frankreich, ihrem stärksten Bundesgenossen, mit Rusland, dem steten und beständigen Freund, und mit Deutschland haben, sagt der Präsident, Regierung und Volk der Vereinigten Staaten viele Ursachen der Freundschaft. Die Beziehungen des Landes zu den andern Mächten sind feindlichst der Natur. Die bevorstehende Wieder-Auflistung wird das Fortschreiten der Civilisation, das Gedächtnis von Arbeit und Industrie und das Wachsthum der Freundschaft unter den Völkern befördern. Die Bewilligung einer Geldsumme wird nötig sein, um die für die Ausstellung bestimmten Gegenstände nach Triest zu bringen. — Die Botschaft thut des Präsidenten Juarez Erwähnung und hofft, daß der neuwählte Präsident von Mexiko den allgemein gehegten Glauben an seine Weisheit und Vaterlichkeit durch die Erfolge seiner Verwaltung bewahrheiten werde und die Beziehungen mit den benachbarten Ländern festigen — ein Verfahren, das durchaus nötig gemacht worden sei, durch die ungefährlichen Handlungen, welche die anliegenden Ansiedlungen beunruhigen und die aufhören müssen, unter der Herrschaft von Ordnung. — Was Cuba betrifft, so ist noch kein Fortschritt in der Verbürgung der Insel bemerkbar. Die Empörung ist, sagt der Präsident, ohne Aussicht auf einen endlichen Erfolg, und Spanien ist nicht im Stande, sie zu unterdrücken. Die fortgesetzte Aufrechterhaltung der Sklaverei ist ohne Zweifel die stärkste Veranlassung zur Fortführung des Kampfes. Ein schreckliches Unrecht ist die natürliche Ursache eines dreideutigen Unglücks. Die Emancipationsgesetze bleiben unausgeführt, und der Präsident bedauert, Amerikaner selbst gegen ihre eigenen Gesetze in Cuba Slaven halten zu sehen. — Präsident Grant bedauert, daß Venezuela noch immer verhängt ist, die in der Convention von 1866 bestimmte Entschädigungssumme zu zahlen. Die Vertragsbeziehungen mit Japan sind unverändert. Man hofft, daß die Vereinigten Staaten sich einen Anteil an dem Handel werden sichern können, welcher bestimmt ist, zwischen China, Japan und der Handelswelt verflogen zu werden.

[Eine meteorologische Entdeckung.] Die vom Signalamt des Kriegs-Departements der Ver. Staaten angestellten Forschungen haben amerikanischen Blättern zufolge in einer wertvollen meteorologischen Entdeckung resultirt. Es scheint, daß die atmomphärische Winter-Woge von Europa ein Gegenstück in den Ver. Staaten hat. Am 12. Novbr. ergab sich eine ähnliche atmosphärische Woge über die Gestate von Oregon und Britisch-Columbia, und am Abend des 13. hatte sie sich beinahe über die ganzen Pacific-Staaten und Territorien verbreitet. Während der Nacht passirte sie ostwärts durch die Pässe der Rocky-Mountains, während sie am 14. in Kanada und Nebraska war. Am nächsten Tage war sie in den unteren Missouri- und Mississippi-Deltalern, südlich sich bis zur Westküste des Meerbusens von Mexico ausdehnend, und am 17. hatte sie die atlantischen Seufzer erreicht. Diese Entdeckung wird die amerikanischen Meteorologen den Stand setzen, die Annäherung des Winters auf seinem Marsche ostwärts vom Stillen Meere um mehrere Wochen zu anticipiren. Sie zeigt auch, daß die amerikanischen Winterstürme ihren Ursprung in den Rocky Mountains auf den kalten Gipfeln in Nevada, Colorado, Utah und Wyoming, auf welchen die mit Dämpfen gewichstene Luft dieser von dem warmen Stillen Ocean kommenden Woge in überwältigenden Schneemassen concentrirt wird, finden.

[Boston] erholt sich, wie der „Times“ von ihrem amerikanischen Correspondenten geschrieben wird, rasch von den Wirkungen des großen Brandungslucks, und in dem niedergebrannten Distrikt sind bereits ausgedehnte Bau-Arbeiten im Gange. Obwohl in allen Theilen des Landes umfangreiche Subscriptions für die Unterstützung von Boston stattfinden, scheint die Stadt durchaus nicht geeignet zu sein, milde Gaben von außerhalb einzunehmen, und diese Gesinnung hat bereits den Wohlthätigkeitsbestrebungen im Lande ein Ziel gesetzt. Der niedergebrannte Distrikt wird durchsucht, in Folge dessen viele Wertsachen geborgen wurden, während man andererseits auf weitere Leichen riekt. Einige der feuersicheren Gewölbe und Behälter erhielten ihren Inhalt in vorzülichem Zustande, aber andere ließen nach der Defension nur Asche und Kunder zum Vorschein kommen. Die Versicherungs-Gesellschaften werden wahrscheinlich 80 Prozent der Schäden reguliren und nach Abzug dieser Summe wird der Nettoverlust sich auf 40 bis 50 Millionen Dollars beitragen. Mehrere der durch den Brand insolvent gewordenen Bostoner Versicherungs-Gesellschaften treffen Anstalten, um ihre Geschäfte wieder aufzunehmen.

Newyork, 4. Decbr. [Das Leichenbegängnis Greeley's] hat heute stattgefunden. Der Tag war düster und feierlich. Alle Kirchenglocken läuteten und das Geschäft stande ganzlich. Offizielle und Beamte in Staatsuniformen umgaben den Leichenwagen. Der Präsident Grant, der gewählte Vicepräsident Wilson, Herr Colfax und General Babcock folgten in einem offenen Wagen.

[Herr Washburne], den Frau Fama bereits zum amerikanischen Premier-Minister gemacht hatte, macht bekannt, daß er weder Lust habe, ins Cabinet noch in den Senat zu treten, und daß er vielmehr im December auf seinen Gesandtschaftsposten in Paris zurückkehren werde.

[Dem Congress] wird ein Gesetz zum Schutz der Einwanderer vorgelegt werden. Das Hauptziel geht dahin, den Einwanderern gute Behandlung und gesunde Nahrung während der Überfahrt auf dem Schiffe und sichere, schnelle und billige Beförderung auf den amerikanischen Eisenbahnen nach ihrer Ankunft zu sichern.

[Ausstellung.] Newyork wird nur ebenfalls seine permanente Ausstellung haben, und um dieselbe aufzuhalten, ein Kristallpalast errichtet werden. Zu diesem Zweck ist ein entsprechendes Stück Land in der Nähe des Centralparks für 1,700,000 Doll. angekauft worden. General Dix und andere angesehene Leute sind mit der Ausführung des Planes betraut.

[Henry M. Stanley], der bekannte Entdecker Livingstone's, ist in Newyork angekommen und natürlich begeistert empfangen worden. In der nächsten Zeit wird er sich einer Unzahl von Aufmerksamkeiten, die von den in dieser Beziehung sehr sinn- und erfundstreichen Amerikanern gegen ihn angestiftet werden, zu unterziehen haben, worauf er die eben so unermeidliche als ergiebige „Borlebenskreise“ antreten wird. Daß die Amerikaner übrigens auch lästige Ansprüchen nicht abholen sind, geht daraus her vor, daß sie ihren berühmten Landsmann stets „Stanley Africanus“ nennen.

[Eine Versammlung von etwa 100 Communisten] wurde in New-York abgehalten und eine Sammlung für die Witwen und Waisen der wahren der letzten Kämpfe in Paris gefallenen Communisten eröffnet.

[Eine traurige Geschichte] wird aus Westen gemeldet. Seit einiger Zeit ist man eifrig mit dem Bau der Winona- und St. Peter-Eisenbahn in Minnesota beschäftigt, um den Schienenstrang bis zu der westlichen Grenze von Minnesota vor Anfang des Winters zu vollenden. Über 800 Mann waren mit der Arbeit betraut, und es gelang auch,

tionen für einen Monat zu ihrer Hölle. Aber obwohl vier Locomotiven den Zug zogen, konnte er doch bis zum 15. November nur bis auf 80 Meilen von den Abgeschnittenen kommen. Dann mußte der Zug ganz halten, da es unmöglich war, in Folge des angehäuften Schnees und entsetzlichen Sturmes vorzudringen. Nach den neuesten Depeschen soll der Zug nun endlich am Orte des Unglücks eingetroffen sein; doch ver nimmt man noch nicht, daß die Hölle die Unglücklichen erreicht hat, ehe die größte Anzahl derselben der Kälte und dem Hunger erlegen ist.

Provinzial-Berichtung.

K. Breslau, 9. December. [Der Verein der Restauratoren hierjelbst] gewinnt immer mehr an Ausdehnung. In der am 29. v. Mis. abgehaltenen ordentlichen Vereinstzung wurde die Correspondenz mit den Gastrothek-Vereinen in Berlin, Hamburg, Leipzig und Magdeburg mitgetheilt und interessirten ganz besonders die aus letzterem Ort über den dortigen Gishausbau sehr ausführlich gegebenen Aufschlüsse. Dem letzten Vereins-schluß entsprechend, wurde sofort eine hölzerne Commission gesetzt, die die Aquisition eines geeigneten Grundstücks zur Erbauung eines neuen Vereins-Gishauses ungestüm herbeizuführen hat. Die bei dieser Gelegenheit entstandene Debatte in der zahlreich besuchten Verfammlung bestandte die einbellige rege Theilnahme an dem Project und wurde allzeitig das dringende Bedürfnis anerkannt. Nachdem hierauf beschlossen worden, eine General-Verfammlung für den 20. d. Mis. einzuberufen, um den Rassenbericht für das erste Geschäftsjahr entgegenzutun, eine wesentliche Änderung und Erweiterung der Statuten zu berathen und die Neuwahl des Vorstandes vorzunehmen, rief schließlich die angeregte Gasfrage eine sehr lebhafte Erörterung hervor. Es wurde allseitig constatirt, daß das hiesige qualitativ wie quantitativ ungünstige Gas den Gewerbetrieb jedes Einzelnen erheblich schädige, ja sogar totale Gasförderungen nicht zu den Seltenseiten gehören. Auch wurde darüber gellagt, daß die jetzige Gasverwaltung, trotz der hohen Gaspreise, für Befestigung jeder zufällig eingetrettenen Störung in der Leitung besonders liquidiert, während dies früher nie geschah, und könnte es fast scheinen, als wolle die Verwaltung den Gasverbrauch nach Möglichkeit erschweren. Eine durch den Vorsitzenden Herrn Kunike an die Versammlung gerichtete Einladung: „am 6. December cr. gemeinsam eine Partie nach der Restaurierung des Böpplitzer Gischenparles zu unternehmen, um die dort von den Brauereibürgern Gebr. Rössler aufgestellte amerikanische Gasbereitungs-Maschine in Augenschein zu nehmen“, fand daher allgemeine Zustimmung. Es hat inzwischen dieser Ausflug unter zahlreicher Beteiligung stattgefunden, und befriedigten die mit dem gespannten Interesse beobachteten Resultate der auf kaltem Wege arbeitenden, mit Hydrogen gefüllten Gasmaschine nicht nur vollständig, sondern es übertraf das sehr schöne klare Gaslicht alle Erwartungen. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß schon in aller nächster Zeit diese hochwichtige Erfindung durch Aufstellung der Maschine auch innerhalb der Stadt verwirklicht wird und gehübt den Herren Meinecke und Mathison, welche die Erfindung für die Provinz Schlesien mit namhaften Opfern läufig erworben haben, volle Anerkennung. Wir wollen im allgemeinen Interesse wünschen, daß sich die Maschine vollkommen bewähren und bei uns recht schnell einbürgern möge!

K. Breslau, 6. December. [Handwerkerverein.] Herr Dr. med. Steuer setzte in seinem gestrigen Vortrage die Breslauer Schulverhältnisse auseinander, bezüglich deren die Schritte der städtischen Behörden in den letzten Wochen in Presse und Vereinen einer so mißbilligenden Kritik unterworfen gewesen seien. Nachdem er die Wahl eines solchen eigentlich nach seinem eigenen Urtheil etwas außer den Grenzen des Handwerkervereines fallenden Themas damit motivirt hatte, daß die Frage: „wie steht es mit der Bildung meines Vaterst. di?“ doch die Interessen jedes Mitglieds eines Bildungsvereins berührte, dieselbe aber von den meisten Mitgliedern ohne äußere Anregung doch kaum gestellt werden würde, und daß, wo dieses geschehe, die Beantwortung doch in Folge der allenthalben laut gewordene unglücklichen Erörterungen, nicht vom gerechten Standpunkt aus erfolgen würde, unterwarf er die früheren und gegenwärtigen Schulverhältnisse einer vergleichenden Betrachtung mit den aus anderen Kreisen bekannten Thatsachen. Redner wandte sich zuerst zu den Elementarschulen. Herr v. Mallinckrodt habe dieselben in den Kammer sehr ungünstig beurtheilt und selbst der Cultusminister habe wenigstens theilweise die Klagen nicht direct abweisen können. In Schlesien seien, wie die „Schles. Schulzeitung“ jüngst mitgetheilt habe, in der letzten Zeit 1869 Lehrerstellen ganz unbefestigt gewesen und 1792 von Solchen verwaltet worden, die ihre Berechtigung noch nicht ausreichend nachgewiesen hatten. In den Volkschulen sollen vorsichtig nicht mehr als 100 Kinder in einer Klasse sein, im Oppelnkreis aber seien in 20 Schulen 200, in 49 Schulen 265 in einer Klasse geprägt worden. Darauf unterwarf der Vortragende die früheren und jetzigen Befolgsverhältnisse einer Vergleichung, wonach bis 1863 2000 Lehrer nur einen Gehalt von 50—100 Thaler, über 3600 nur 100—125, 4500 etwa 130, 600 zwischen 150 und 175 Thaler, circa 700 erst 200—250 Thaler Gehalt bezogen haben, im Ganzen also 32,000 Schullehrer von 50 bis 300 Thaler ihrem Lebensbedarf beitreten mühten, während in Breslau z. B. das Minimum 300 Thaler betrug. Hierauf ging Herr Dr. Steuer auf das steigende Wachsthum der Elementarschulen ein, indem 60 Knaben- und Mädchenkülen mit 263 Klassen bestehen und vom nächsten Jahre an 277 Klassen betrieben werden. In den evangelischen Schulen werden 5264 Knaben, 5716 Mädchen unterrichtet, indeß die katholischen Schulen im Ganzen 4409 Schüler zählen, das Schulgeld sämlicher Elementarschulen beträgt 14,650 Thlr. Weiter ging Redner auf die Erhöhung der Lehrergehälter ein, wonach seit 1863 die Hauptlehrer von 500 auf 800 Thlr., die Zweit-Lehrer von 300 auf 500 Thlr., die Zweit-Lehrer von 200—350 Thlr. gestiegen seien, wozu noch die Wohnungsergütigungen kommen. Eine Schwierigkeit habe die Auffindung eines Princips für Feststellung der Anciennität (Altersvorrang) gemacht, was mehrfach abgeändert werden muß und selbstredend Mandem Nachtheil gebracht habe. Redner wies ferner auf die hohen Schulauflagen, die er auf 372,000 Thlr. angab. Wenn das Schulgeld, das übrigens weniger die Bürger, als die Beamten, Geistliche, Aerzte &c. treffe, erhöht worden sei, so war die Absicht, später einmal die Eltern der die Volksschulen besuchenden Kinder ganz entlasten zu können, und dann die Mittel von den Schülern der höheren Lehr-Aufstufen zu erheben, namentlich aber von den Auswärtigen, welche früher als eine Einnahmequelle der Bürger angesehen wurden. Warum sollen aber die hiesigen Bürger für jene, die mindestens die Erhaltung eines Gymnasiums bedingten, mit den Schulauflagen belastet werden? dazu redne man die anderweitigen Ausgaben, die der Stadt aus Verwaltung der Schulen erwachsen und im nächsten Jahr bis auf 1,400,000 Thlr. steigen, dazu noch die Schulgründung, die gegen 2½ Millionen an Werth haben. Auf der anderen Seite sei, wenn die Lehrerverhältnisse leider noch nicht günstiger gestellt werden könnten, nicht zu vergessen, daß die meis noch sehr jugendlichen Lehrer, die eben mit 21 Jahren ins Amt treten, sich in grochem Vortheile gegen andere Beamte befinden, und die Schulen-Kommission keines der zahlreichen an sie gelangenden Gesuche um Bade-Unterstützungen abweise. Nachdem Herr Dr. Steuer noch auf die veränderte Stellung der Mittelschulen als Bürger-Schulen hingewiesen, welche den Eltern eine erhebliche Erleichterung an Bildung ihrer Söhne gestatte, ging er zur Befreiung der Verhältnisse der höheren Unterrichtsanstalten über, auf welchen die Commune, obwohl es Sache des Staates sei, gegen frühere Zeit, wo Breslau sich mit 2 Gymnasien und einer Real-Schule begnügt habe: 1 Gymnasium (Johanneum) 1 Real-Schule (zum heil. Geist) zwei evangelische und eine katholische Mittelschule. Eine Frage sei bei Gelegenheit der Absicht, die Elementarschulen ganz vom Schulgeld zu befreien, angerichtet worden: wie der Schulbesuch der Freischüler sich zu dem der Halschüler verhalte? resp. ob völlig freier Unterricht so gut berücksichtigt werden würde, als bejahbar? Eine Befriedigung könne die Communalvertretung Breslaus sicher aus ihrem bisherigen Bestreben schöpfen, daß sie sich, wenn noch nicht Alles in wünschenswerthen Maßen erreicht sei, sie sich denn doch des eifrigsten Willens bewußt und nicht Alles auf einmal zu erlangen sei.

Auf den Vortrag folgte kurze Fragebeantwortung und auf diese die Mitteilung Herrn Freybaus, daß der Verein am nächsten Montag in Herrn Springmühl einen neuen Vortragenden begrüßen werde, der „über die Ziele der Industrie vom Standpunkte der Naturwissenschaft und über den Einfluß der letzteren auf die Gewerbe“ Vortrag halten werde.

K. Breslau, 8. Dec. [Humboldt-Verein für Volksbildung.] Am heutigen Vormittag hielt Herr Professor Dr. Ferdinand Cohn Vortrag und zwar über einem großen Theil des Auditoriums, das in allen Räumen zwar außerordentlich gefüllt war, noch wenige bekannte Wesen, über die wieder zuvortheilhaft gesprochen war. Der Redner begann mit der Erörterung der Erfindung des Mikroskop, die uns jene Thierpflanzen oder Pflanzenthierden hat kennen lernen, und führt seine Zuhörer zunächst an den Anfang des 17. Jahrhunderts zurück, wo die Republik Holland nach glücklicher Verteilung aus dem Zuge der damaligen Weltmacht Spanien auf der Spur der europäischen Nationen und auf dem Gipfel ihres Ruhmes stand und politische, wie reli-

giöse Freiheit, Industrie, Kunst und Wissenschaft in seinem Schoße versierte. In jener Zeit, 1610 war es, wo ein Naturforscher im Verein mit einem Brillenschleifer das Mikroskop durch Kunststreich Vereinigung von Brillengläsern erfand und der Welt zuerst zum Vergnügen, später im Dienste der Wissenschaft die Möglichkeit verschaffte, Schmetterlingsflügel oder andere Insekten und Pflanzen genauer untersuchen zu können. Im Jahre 1675 betrachtete der Naturforscher Anton Löwenhuk in Delft mit seiner Hölle einen Tropfen Regenwasser und entdeckte darin eine neue Welt der mannigfaltig gestalteten und wunderbarsten Wesen, Beobachtungen, die später Frosch auf anderes Wasser und namentlich auf Aufgüsse auf verschiedene Stoffe ausdehnten. Die dadurch entdeckten Lebewesen wurden darum Aufzüchteren (Institutionstierchen) genannt. Ihre wurden nach und nach immer mehr entdeckt, zuletzt im Wasser jedes Grabens in der mannigfaltigsten Gestalt und ungeheurer Anzahl, deren Größenverhältniss zu den bis jetzt bekannten, für das menschliche Auge sichtbaren kleinsten Wesen, der Milbe, der Vortragende in der Weise angab, daß diese noch, gegen jene Infusorien, als Wallfisch erschienen. Je kleiner nun diese Wesen seien, desto einfacher sie ihre Organisation, bei den Thieren sei weder Lunga, noch Herz, noch sonst ein Organ zu entdecken, bei den Pflanzen von Wurzel, Blatt, Stengel &c. keine Spur. Eine der Arten dieser Infusorien seien von den Bakterien, nach ihrer Gestalt: Stäbchenthiere genannt, die Grenzmark des Lebens, nur unter 3—4000maliger Vergrößerung wahrnehmbar, ein Sandkorn mit einem Bierge verglichen und doch von der größten Bedeutung für den Menschen, in Gestalt ähnlich einem Rädchen, oder einem Faden &c., äußerst beweglich, überall lebensfähig, wo Licht, Luft und Wärme vorhanden, und erst bei niedrigen Wärmegraden erstarrt, äußerst vermehrungsfähig. Ihre Vermehrung geschiehe durch Teilung; wenn die Bakterien etwa nach einer Stunde die doppelte Länge erreicht, teile sie sich in 2, diese Hälfte wieder je nach einer Stunde und so fort, daß in 2, 3, 4 &c. Stunden sich die Individuen auf das doppelte, vierfache, achtfache vermehrt haben und nach einem Tage auf 16½ Millionen, nach 2 Tagen auf 28 Billionen und nach Wochen auf kaum auszählbare Zahlen angewachsen seien. Redner wandte zur weiteren Vergleichung noch verschiedene Gewichtszahlen an, wonach wir nur angeben, daß der 928 Millionen Kubikmeilen fassende Ocean in 5 Tagen schon von Bakterien gefüllt sein würde und das zu Erhaltung einer solchen Unzahl Wesen es auch unter ihnen einen fortwährenden allzeitigen Kampf um's Dasein bedürfe.

Eine Art dieser Bakterien sei nun der in den Preßheftränen verwendete Hefepilz, von dem 40 Millionen ein Kilogramm geben. Bakterien sind überall vorhanden in Luft, Wasser &c., namentlich wo Verwesung eintritt. Eine Erbse oder ein Stückchen Fleisch in Wasser erzeugen sie sofort und zwar nicht als Producte der Verwesung, sondern als Factoren, die bei der Auflösung organischer Körper entstehen. Ihrer Erzeugung werden durch Erwärzung des Wassers oder Kochen des Fleisches vorgebeugt, eine Endokarditis, die der italienischen Arzt Spalanzani gemacht und Graf Uppert zur Anwendung von Fleisch-Confiture angewendet, ein Verfahren, das uns nun den Bezug von Fleisch &c. aus Amerika und Australien ermöglicht. Für die Bakterien aber ist die Kultivierung, die Gährung Lebensbedingung. Man nennt darum diese Art B. Fermentpilze; sie sind es, die als Essigpilze in Wein und Bier entstehen, wenn der Alkohol verschwindet und die Flüssigkeit „umschlägt“. Sie werden nach Entfernung des französischen Forchiers Pasteur dadurch unterdrückt, daß man den Wein auf 50—70° erwärmt. Diese Bakterien entstehen auch, wenn in der Milch der Milchzucker in Säure übergeht, und die Milch dadurch sauer wird, was auch durch Kochen der Milch und lufidische Beibehaltung des alten Kirchhofs in's Tressen geführt, wobei das sanfte Geplänkel, womit die Verhandlung beginnt, bald in's ernste Granatenfeuer überging. Als wohl stärkstes Geschöpfe plakte unter die Freunde des Besteckenden die Erklärung, daß, als im verschloßenen Juni bei der mit den Vertretern der höheren staatlichen und geistlichen Behörden in dieser Sache gepflogenen Verhandlung für den Fall der Erweiterung des bisherigen Kirchhofs die Bedingung gestellt wurde, es sollten auf die hinzutreffende Fläche ganz wie bisher, Katholiken und Evangelische neben einander, wie die Reihenfolge es ergebe, begraben werden, der Vertreter der geistlichen Behörde auf diese Bedingung einzugehen, entschieden abgelehnt habe; diese Weigerung insbesondere habe die Stadtverordneten, welche an dieser Verhandlung teilnahmen, bestimmt ihre Stimme für Herstellung eines neuen Begräbnisplatzes aus Gemeindemitteln abzugeben. Die Verhandlung schloß mit der Wahl der beantragten Commission. — Gegenwärtig besteht Schulrat Prange aus Oppeln dem hiesigen Kreis befuß Revision der in demselben vorhandenen evangelischen Elementarschulen, am verflossenen Sonnabend besuchte er hier auch die unter der Leitung des Fräuleins H. Keller stehende höhere Töchterschule. — Gestern wurde zum besten armer Gewerbetreibender von Dilettanten aus der hiesigen Einwohnerschaft eine Theatervorstellung gegeben, die außerordentlich zahlreich besucht war.

Weiter erwähnte Herr Professor Cohn, daß die Fermentpilze auch die Ursache zur Bildung von Farben werden, ja wie sie durch Erzeugung der sogenannten „Blutskörper“ auf frischen Nahrungsmitteln in den Zeiten des Aberglaubens für viele Unschuldige die Ursache marterlichen Todes geworden sind, da man sich ihre Entstehung jenes „Bluts“ nur durch Hexerei erkläre. Diese Blutskörper wurden dann ausgebreitet über den ganzen Stoff, gaben in neueren Zeiten die rothe Anilinfarbe, die zum Färben von Seide verwendet, jedoch bald wieder verschwindet. Eine verwandte Färbung kommt auch auf Käse und Lebensmittelvorstädteln vor. Noch aber wie der Vortragende auf ein Gebiet hin, wo die Bakterien eine verderbliche Macht auf Leben, Gesundheit und Tod der Menschen ausüben, dies geschieht in Epidemien, wo dann die Kunst der Aerzte vergeblich ihre Heilmittel erschöpft, durch diese Wesen geschieht die Ansteckung von Kranken oder seinen Kleidern, Wäsche &c. Sie zeigen sich erst später, so bei Hospitalbrand, Typhus, Cholera, Diphtherie. Früher habe man die Fäbel von den „Pestilien“ erfündet und erst 1863 die richtige Ursache in den Bakterien entdeckt. Von diesem ist das Blut der milzbrandkranken Thiere geschwängert, und seit 4 Jahren hat man sie immer mehr im Blut der Epidemienträger gefunden; ja selbig die Pest der Seidenraupen ist auf sie zurückgeführt worden.

Und die Bakterien sind nicht etwa nur zufällige Begleiter der Epidemien, sie sind Träger der Ansteckung, und gegen sie sind die Mittel gerichtet, die man anwendet in der Desinfektion; die Bakterien sind um so gefährlicher, als sie uns in Luft und Wasser, auch in scheinbar reinem, bedrohen.

Hiermit schloß der Vortragende den eben so lehrreichen, als eingehenden Vortrag unter der Bemerkung, daß der Stoff noch lange nicht erschöpft sei, indem er nur im Allgemeinen auf den mächtigen Einfluß, scheinbar

der in demselben vorhandenen evangelischen Elementarschulen, am verflossenen Sonnabend besuchte er hier auch die unter der Leitung des Fräuleins H. Keller stehende höhere Töchterschule. — Gestern wurde zum besten armer Gewerbetreibender von Dilettanten aus der hiesigen Einwohnerschaft eine Theatervorstellung gegeben, die außerordentlich zahlreich besucht war.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

....r. Poln. Lissa, den 10. Decr. [Abgeordnetenwahl.] Bei der heutigen Erstwahl für Herrn v. Patzklammer erschienen 463 Wahler Männer aus dem Kreise Fraustadt und Kröben. Die absolute Majorität betrug demnach 232 Stimmen: hieron erhielten Herr v. Luck aus Überdorff 254 Stimmen, während auf den Gegencandidaten, Herrn Casimir v. Chlapowolski aus Kopaszewo, Kr. Kosten, 209 Stimmen fielen. Herr v. Luck, der deutsche Kandidat, ist also mit einer Mehrheit von 22 Stimmen zum Abgeordneten gewählt. — Der Sieg der deutschen Sache ist um so bedeutungsvoller, als die erschienenen deutschen Wahler Männer katholischen Glaubens treu zur deutschen Partei ausschließen. Es ist dies ein wichtiges Präcedens sowohl für die am 13. Jan. k. s. stattfindende Erstwahl für den Reichstag, als auch für die bevorstehenden Neuwahlen im kommenden Herbst.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

| December 10. 11. | Nachm. 2 u. | Abends. 10 u. | Morg. 6 u. |
|-------------------------|-------------|---------------|------------|
| Aufstrud bei 0° . . . | 325°, 67 | 323°, 80 | 323°, 86 |
| Luftwärme | + 5°, 4 | + 1°, 6 | + 2°, 2 |
| Dunststrud | 2°, 09 | 1°, 75 | 2°, 08 |
| Dunststättigung | 65 p. ct. | 76 p. ct. | 86 p. ct. |
| Wind | SW. 1 | S. 1 | SO. 2 |
| Wetter | wolig. | beiter. | trübe. |

Breslau, 11. Dec. [Wasserstand.] O. P. 15 f. 6 g. II. P. — J. 7 g.

Berlin, 10. December. Die Tendenz der Börse zeigte gegen die gestrige Haltung eine entschiedene Besserung, die zwar nicht in besonders lebhaften Umläufen oder in höheren Coursnotirungen Ausdruck gewann, die aber dem Verlehr einen frischen Charakter verlieh und wenigstens jeder weiteren rückgängigen Bewegung Einhaltthat. In der Hauptstrecke stützte sich die Besserung auf die Erkenntniß, daß die Zahlungs-Suspension der Banque l'Union für den heutigen Platz keine nennenswerten Verluste herbeiführte, dann aber trug auch viel der heute publicirte Wochenausweis der preußischen Hauptbank, der als sehr günstig zu bezeichnen ist, wesentlich zur Verbindung der Börse bei. Auch die Geldverhältnisse scheinen sich leichter zu gestalten und zeigte sich sowohl im Privatwchselverkehr als auch im Depotgeschäft das Gelde heute weniger knapp. Ja der Coursentwidlung reihen sich heute zahlreiche Schwankungen aneinander, die als das Resultat zweier entgegengesetzter Strömungen angesehen werden können und die neben der Haussseite auch ein stärkeres Contingent an Blancoverläufern voraussehen läßt. Der Verlehr in den Speculationswerthen war nur gering und blieben die Coursen ziemlich im Niveau der gestrigen Schlussnotirungen. Es zeigte sich kein Papier dieser Gattung aus, auch österreichische Bahnen waren vernachlässigt, für Galizier und Österreichische Nordwestbahn hatte das Angebot nachgelassen. Bei geringfügigen Umläufen gaben Silberrente und Papierrente etwas im Course nach. Von auswärtigen Fonds waren Türkten recht fest, auch für französische Rente zeigte sich einige Nachfrage. Italiener und Amerikaner unverändert. Tabaks-Aktionen besserten ihre Notiz, gingen auch in einigen Beträgen um. Von russischen Staatspapieren gewannen nur Sprocentige Polnische Handbriefe einiges Interesse. Breitbrite Fonds fest, in ziemlichem Verlehr, Concols etwas gestiegen, auch 4½ prozentige Anleihe höher. Deutsche Fonds in ruhigem Verlehr. Angenommene als seit längerer Zeit gestaltete sich das Geschäft in Prioritäten, besonders waren hier Preußische begehr und fast durchgehend höher, lebhafter gingen Köln-Mind. 5 p. ct., Oberösterreichische auch Bergische, Stettiner, Halberstädter, Auhalter 4½ p. ct. und Bergische VII. Auf dem Eisenbahnenmarkt reges Leben, die schweren Bahnen schwankend, leichter aber fester. Auf Prämien fehlte es an Abgebern, daher die Umsätze sehr beschrankt blieben. Für Banknoten hatte sich die Stimmung sehr gebessert und zogen die gestern stark im Course gedrückten Actien an, während doch der Verlehr in den meisten Devisen sehr unbedeutend blieb. Neu eingeführte Börsenbank 100%, Basler Bankverein 100%, Dresdener Handelsbank 104 Br. Industriepapiere gingen nur sehr lustlos um und einige Bergwerks-Actien, wie Laura &c., gaben wiederum

*) Man hatte sie früher wegen ihrer scheinbar willkürlichen Bewegung den Thieren zugeschlagen, doch hat man diese Bewegung auch bei Pflanzen angetroffen.

Berliner Börse vom 10. December 1872.

nach. Bödumer Gußstahl fest. Rathenower optische Fabrik, desgl. Passage höher, Holzfactorei und Fäconschmiede, Blechner Eisenbahnbau und Deutsche Bausellschaft auf belebt. Moskau 102%. Donnersmarckfütte 97 bez. Gd., Globus 100 bez., Möbel-Transport 102 bez., Schönsäberei (Thiele u. Seeger) 100 bez. u. Gd. Wechsel besser und ziemlich lebhaft. London und Belgien rege, Paris angeboten. (Bantl. u. H.-Btg.)

E. Stettin, 10. Decbr. [Stettiner Börsenbericht.] Weiter: regnig. Temperatur + 4°. Barometer 27° 5". Wind: SW. — Weizen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco gelber ger. 50—59 Thlr. bez., besserer 60—70 Thlr. bez., feiner 76—82 Thlr. bez., pr. December 82% Thlr. bez., pr. Frühjahr 83, 82%, 83 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 82% Thlr. bez., Roggen etwas fester, pr. 2000 Pfd. loco 50—54% Thlr. bez., feinsten Breub. 56—58% Thlr. bez., pr. December u. January 55%, % Thlr. bez., pr. Januar-Februar 55% Thlr. bez., pr. Frühjahr 56, 55%, % Thlr. bez., Br. u. Gd., pr. Mai-Juni 56—58% Thlr. bez. — Gerste matt, pr. 2000 Pfd. loco 50—57 Thlr. bez. — Hafer still, pr. 2000 Pfd. loco 36—44 Thlr. bez., pr. Frühjahr 45% Thlr. Br. — Erbsen still, pr. 2000 Pfd. loco 43—47% Thlr. bez. — Winterküben ohne Handel. — Rübbol matt, pr. 2000 Pfd. loco 23% Thlr. Br., pr. December 23%, % Thlr. bez. u. Br., pr. Januar-Februar 23% Thlr. bez., pr. April-Mai 24% Thlr. bez., pr. September-October 24% Thlr. Br. — Spiritus behauptet, pr. 100 Liter à 100 pcf. loco ohne Fass 18%, % Thlr. bez., pr. December 18% Thlr. bez., Gd., pr. December-January 18% Thlr. bez., pr. Frühjahr 18% Thlr. bez., Petroleum loco 7% Thlr. bez., pr. December-January u. January-Februar 7% Thlr. Br.

Angekündigt: 9000 Ctr. Roggen.

Regulierungsspreise: Weizen 82%, Roggen 55%, Rübbol 23%, Spiritus 18% Thlr.

Posen, 10. December. [Producten-Bericht von Lewin Berwin Söhne.] Roggen: (pro 1000 Kilogr.) behauptet. Kündigungsspreis 55%. Gel. — Wsp., December 55 bez. u. Gd., December-January 55% bez. u. Br., Januar-Februar 55% bez. u. Br., Februar-März — Frühjahr 55% bez. u. Br., April-Mai 56 Br., Mai-Juni 56% Br. Spiritus: (pro 10,000 Liter %) matter. Kündigungsspreis 17%. — Gel. 30,000 Liter. December 18 bez. u. Br., Januar 18 bez. u. Br., Februar 18% bez. u. Br., März 18% Br., April 18% bez. u. G., Mai 18% Br., Juni 18% Br., Juli 18% bez. u. Br.

Posener Markt-Bericht. Weizen: ermattend, pro 1050 Kilogr. seiner 90—95 Thlr. mittel 88 Thlr., ordinär und defect 72—80 Thlr. — Roggen: beachtet, pr. 1000 Kilogr. seiner 58%—59% Thlr., mittel 56—57 Thlr., ordinär 53%—55 Thlr. — Gerste offerirt, pr. 925 Kilogr. seine 47—48 Thlr., mittel und ordinär 43—45 Thlr. — Hafer: matter, pr. 625 Kilogr. seiner 28—29 Thlr., mittel u. defect 25—27% Thlr. — Erbsen: ohne Umsatz, pro 1125 Kilogr. Koch-Erbsen 55—57 Thlr., Futter-Erbsen 48—50 Thlr. — Lupinen: niedriger, pr. 1000 Kilogramm gelbe 32—35 Thlr., blaue 29—31 Thlr. — Widen: pr. 1000 Kilogr. — Delfsaaten: pr. 50 Kilogr. Raps — Thlr., Raps — Thlr. — Leinsamen: unverändert, pro 50 Kilogramm 78—82 Thlr. — Buchweizen: beachtet, pr. 875 Kilogr. 45—49 Thlr. — Feinste Waaren über Notiz. — Wetter: Schön.

Wien, 10. December. [Elisabethbahn.] Die außerordentliche Generalversammlung der Actionäre der Elisabethbahn hat die Anträge des Verwaltungsraths betreffend die Erwerbung der Concession zum Bau einer Eisenbahnlinie durch Obersteiermark, Salzburg und Tirol, sowie die Beschaffung des hierzu erforderlichen Kapitals durch eine dritte Emission von 80,000 Gesellschaftsaktionen à 200 Fl. im Gesamtbetrag von 16 Millionen Gulden genehmigt. Von diesen Aktionen soll den alten Actionären ein Bezugsschein auf 50,000 Stück zum Course von 188 Fl. vorbehalten bleiben; etwa notwendige weitere Mittel sollen mittels einer fünfprozentigen Silber-Prioritätsanleihe aufgebracht werden. Die beantragte Änderung der Statutea, namentlich die in 9 Jahren eintretende Gleichstellung der Aktionen dritter Emission mit jenen der früheren Emissionen wurde gleichfalls genehmigt.

Berlin, 10. December. Weizen loco 72—92 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität, gelber märkischer 82% Thlr. bez., pr. December 84%—81—% Thlr. bez., December-January 83—82% Thlr. bez., Januar-Februar — Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., März-April — Thlr. bez., April-Mai 83—82%—% Thlr. bez., Mai-Juni 82%—% Thlr. bez., Roggen loco 55—60 Thlr. gefordert, ordinär 55% Thlr. ab Bazu best., guter inländischer 58% Thlr. bez., pr. December 57%—% Thlr. bez., December-January 57%—57 Thlr. bez., Januar-Februar — Thlr. bez., Februar-März — Thlr. bez., April-Mai 57—56% Thlr. bez., Mai-Juni 56%—% Thlr. bez., Juni-Juli — Thlr. bez. — Rübbol loco 23% Thlr. — Spiritus loco ohne Fass 18 Thlr. 20—16 Sgr. bez., pr. December 18 Thlr. 24—20 Sgr. bez., December-January 18 Thlr. 16—14 Sgr. bez., Januar-Februar — Thlr. — Sgr. bez., Februar-März — Thlr. — Sgr. bez., April-Mai 18 Thlr. 25—27—23—24 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Thlr. 28—25 Sgr. bez., Juni-Juli 19 Thlr. 3—2 Sgr. bez.

Breslau, 11. Decbr. 9% Uhr Borm. Am heutigen Markte war der Geschäftsverkehr wenig belebt bei mäßigen Umsätzen, Preise unverändert. Weizen schleppender Umsatz, pr. 100 Kilogr. schlechtere weiße 7—9%, Thlr. gelber 7—8% Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen nur seine Qualitäten verläuflich, pr. 100 Kilogr. 5%—6% Thlr., kleinste Sorte 6% Thlr. bezahlt.

Gerste matter, pr. 100 Kilogr. 5%—5% Thlr., weiß 5%—5% Thlr. Hafer preishaltend, pr. 100 Kilogr. 4% bis 4% Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen offerirt, pr. 100 Kilogr. 4%—5% Thlr.

Widen gut gefragt, pr. 100 Kilogr. 4%—4% Thlr.

Lupinen offerirt, pr. 100 Kilogr. gelbe 3%—3% Thlr., blaue 3 bis 3% Thlr.

Böhnen vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. schlesische 6—6% Thlr.

Mais angeboten, pr. 100 Kilogr. 5%—5% Thlr.

Delfsaaten in ruhiger Haltung.

Schläglein mehr beachtet.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr. Sgr. Bi.

Schläglein 8 5 — 8 20 — 9 2 6

Winter-Käse 9 25 — 10 5 — 10 10 —

Winter-Käse 9 10 — 9 25 — 10 3 —

Sommer-Käse 9 7 — 9 20 — 10 3 —

Leindotter 7 — 8 — 8 20 —

Rapsuchen wenig verändert, schlesische 73—76 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinkuchen mehr beachtet, schlesische 90—92 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat schwächer Umsatz, rote 14—16% Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße 16—19—21 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee blieb gut gefragt, 8%—10% Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr. pr. 5 Liter 3%—4 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegraph. Bureau.)

Rom, 10. December. Der Gesetzentwurf, betreffend die religiösen Körperstaaten stand in der heutigen geheimen Sitzung der Kammer zur Beratung. Der Deputation der Linken gegenüber, welche namentlich die Aufrechterhaltung der Generalatthäuser verlangten, gab der Justizminister die Erklärung ab, daß die in den übrigen italienischen Provinzen geltenden bezüglichen Gesetze nach dem Inhalte des Garantiegesetzes und in Gemäßheit der früheren Erklärungen des Ministeriums in Rom keine Anwendung finden könnten.

London, 10. December. Das Polizeigericht der Themse verurteilte gestern 4 Heizer der Gasfabrik zur Gefängnisstrafe von 6 Wochen mit schwerer Handarbeit, weil dieselben ihren Dienst ohne vorherige gesetzliche Kündigung verlassen hatten.

Melbourne, 7. December. Mit dem heute abgegangenen Post-dampfer sind 800,000 Pfd. Sterl. abgesandt worden.

Athen, 9. December. Ein französisches Evolutions-Geschwader ist heute im Piräus eingelaufen.

Brüssel, 10. December. Der Conseilpräsident, Graf de Theur de Meylandt, hat der Deputirtenkammer die Decrete des Königs mitgetheilt, denen zufolge das Enlassungsgesuch des Kriegsministers Guillaume angenommen und das Portefeuille des Kriegsministeriums dem Minister des Auswärtigen, Graf d'Avremont-Lunden, übertragen wird.

Bukarest, 10. December. Die Kammer nahm mit 60 gegen 49 Stimmen die in durchaus conservativem Tone gehaltene Adress auf die Thronrede an, worin die sorgfältigste Prüfung der Eisenbahnfrage zugesichert wird. Die Eisenbahnfrage wird morgen verhandelt.

Berliner Börse vom 10. December 1872.

| Wechsel-Course. | | Eisenbahn-Stamm-Actionen. | |
|-------------------|--------------------|-----------------------------|-----------------------------|
| Amsterdam 250 Fl. | k. S. 5 140% B. | Divid. pro 1870 | 1871 ZL |
| do, do | 2 M. 5 139% bz.G. | 5/6 4 45% bz | 5/6 4 45% bz |
| Hamburg 300 Mk. | k. S. 3 148% bz.B. | 7/6 4 132% bz | 7/6 4 132% bz |
| do, do | 2 M. 3 147% bz. | 18/7 4 223% bz | 18/7 4 223% bz |
| London 1 Lst. | 3 M. 6 62% bz. | 1 4 107 bz. G. | 1 4 107 bz. G. |
| Paris 300 Frs. | 2 M. 5 62% bz. | 10% 4 237% ct bz.B. | 10% 4 237% ct bz.B. |
| Wien 150 Fl. | 8 T. 6 91% bz. | 14% 4 156% bz | 14% 4 156% bz |
| do, do | 2 M. 6 90% bz. | 9% 4 180% bz. G. | 9% 4 180% bz. G. |
| Augsburg 100 Fl. | 2 M. 4 56.18 | 7/6 5 109 bz.G. | 7/6 5 109 bz.G. |
| Leipzig 100 Thlr. | 8 T. 5 99% G. | 7/6 5 130 bz. | 7/6 5 130 bz. |
| do, do | 2 M. 5 — | do, neue 5 116% bz. G. | do, neue 5 116% bz. G. |
| Frankf.a.M.100Fl. | 2 M. 5 — | do, do, neue 5 170% e-1% b. | do, do, neue 5 170% e-1% b. |
| Petersburg 100SR. | 3 M. 6 89% G. | 5/6 5 64% bz. | 5/6 5 64% bz. |
| Warschau 90 SR. | 8 T. 6 81% bz. | 5/6 5 101% bz. | 5/6 5 101% bz. |
| Bremen | 8 T. 5 — | do, do, neue 5 111% bz. | do, do, neue 5 111% bz. |

Fonds und Gold-Course.

| | | | |
|---------------------------------------|---------------------|----------|----------|
| Nord. Bundes-Anl. | 15 | 106% bz. | 106% bz. |
| Freiw. Staats-Anleihe v. 1833 | 4/4% B. | 106% bz. | 106% bz. |
| ditto | 1854/5 4/4% B. | 100% bz. | 100% bz. |
| ditto | 1856/57 5/6 4/4% B. | 97% bz. | 97% bz. |
| ditto | 1867/68 4/4% B. | 102% bz. | 102% bz. |
| ditto | consolid. | 94% bz. | 94% bz. |
| ditto | 1850/52 4/4% B. | 94% bz. | 94% bz. |
| ditto | 1853 4/4% B. | 94% bz. | 94% bz. |
| ditto | 1862 4/4% B. | 94% bz. | 94% bz. |
| ditto | 1868 4/4% B. | 94% bz. | 94% bz. |
| Staats-Schuldscheine | 3% B. | 89% bz. | 89% bz. |
| Präm.-Anleihe v. 1835 | 12% B. | 124% bz. | 124% bz. |
| Oldenburger Loose 37% B. | 100% B. | 100% B. | 100% B. |
| Kurh. 40 Thlr. Loose 69% bz.G. | 100% B. | 100% B. | 100% B. |
| Oldenburger Loose 37% B. | 100% B. | 100% B. | 100% B. |
| Louisdor 110% G. Dollars 1.11% bz. | 100% B. | 100% B. | 100% B. |
| Sovereigns 6.23 G. Frmd.Bkn. 99% bz. | 100% B. | 100% B. | 100% B. |
| Napoleons 5.11% G. Oest. Bkn. 91% bz. | 100% B. | 100% B. | 100% B. |
| Imperial 5.16% G. Russ. Bkn. 82 da | 100% B. | 100% B. | 100% B. |

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actionen.

| | | | |
|---------------------|---|---------------|---------------|
| Berlin-Görlitzer | 5 | 5 105% bz. G. | 5 105% bz. G. |
| Berlin-Nordbahn | 5 | 5 68% bz. | 5 68% bz. |
| Breslau-Warschau | 5 | 5 67% B. | 5 67% B. |
| Halle-Sorau-Guben | 5 | 5 80% bz.G. | 5 80% bz.G. |
| Hannover-Altenb. | 5 | 5 88% bz.G. | 5 88% bz.G. |
| Kohlfurt-Falkenberg | 5 | 5 90% bz. G. | 5 90% bz. G. |
| König.-Rudolfs. | 5 | 5 94% bz. | |